



Kassel, 01. November 2022 | Ausgabe Nr. 116

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTSTADT UND DEM WAHLKREIS KASSEL

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

die Ampel tut alles dafür, um die hohen Energiepreise für die Bürger*innen und Unternehmen abzufedern. Mit fast 100 Milliarden Euro finanzieren wir bereits jetzt Entlastungen für die Haushalte in Form von steuerlichen Maßnahmen und Direktzahlungen. In der letzten Sitzungswoche im Oktober folgte eine weitere: Wir beschlossen im Bundes-

Abwehrschirm gegen die Folgen des Ukrainekrieges auf. Das für die Finanzierung notwendige Gesetz haben wir ebenfalls Ende Oktober beschlossen. Der Schirm umfasst 200 Milliarden Euro – unter anderem für die Gaspreisbremse, eine Einmalzahlung für Haushalte sowie wirtschaftliche Hilfen für Unternehmen.

ke bis maximal Mitte April 2023 am Netz bleiben können. Eine vollständige Rückkehr zur Nutzung von Atomenergie lehnen wir jedoch entschieden ab! Vielmehr geht es darum, die Erneuerbaren Energien auszubauen. Nur sie machen uns unabhängig von fossiler und russischer Energie. Wir benötigen sie aber auch für die sozial-ökologische Transformation, die wir gemeinsam als Koalition vorantreiben wollen.

An der Seite der Menschen im Iran

Im Iran gehen viele Frauen und Männer weiterhin auf die Straße, um für ihre Rechte einzutreten. Wir verurteilen das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte und die willkürliche Verhaftung von Menschen, die ihr Recht auf Versammlungsfreiheit wahrnehmen. Deutschland und seine internationalen Partner dürfen nicht wegschauen. Im Gegenteil: Am 17. Oktober hat die EU Sanktionen – unter anderem gegen die sogenannte Sittenpolizei – auf den Weg gebracht. Frauen- und Menschenrechte sind elementare Werte der Sozialdemokratie. Deren Missachtung darf nicht folgenlos bleiben. Wir als SPD-Bundestagsfraktion werden uns auch weiterhin für Frauen- und Menschenrechte stark machen – im Iran und weltweit.

Euer

Niemand wird alleine gelassen.

Wir stehen solidarisch zusammen.

SPD
Fraktion im Bundestag

Wie?

Wir ermächtigen den Wirtschaftsstabilisierungsfonds, für das Jahr 2022 Kredite in Höhe von 200 Milliarden Euro aufzunehmen.

Damit schaffen wir die Voraussetzungen, ergänzend zur geplanten Strompreisbremse auch zügig eine wirksame Preisbremse für Gas und Fernwärme einzuführen!

Mit dem Abwehrschirm ergänzen wir die drei bisherigen Entlastungspakete im Umfang von fast 100 Milliarden Euro, die wir bereits auf den Weg gebracht haben.

Gemeinsam kämpfen wir dafür, dass Unternehmen und Arbeitsplätze sicher durch die Krise kommen und niemand von den Preisen für Strom und Heizung überfordert wird!

tag die Zahlung einer Energiepreispauschale für Rentner*innen sowie einen weiteren Heizkostenzuschuss. Den ersten Heizkostenzuschuss gab es im Frühjahr. Mit mindestens 415 Euro wird der Heizkostenzuschuss II die Mehrkosten in der anstehenden Kälteperiode für Wohngeldbeziehenden bestmöglich abfedern.

Wir werden aber auch strukturell an die hohen Energiepreise herangehen: Indem wir die Zufallsgewinne von Energieunternehmen abschöpfen und der Gesellschaft zurückgeben, um damit eine Strompreisbremse zu finanzieren. Parallel spannen wir einen

Gasspeicher zu mehr als 95 Prozent gefüllt

Kurzfristig kann Deutschland nicht komplett auf Gas verzichten. Wir tun jedoch alles dafür, um unabhängiger von russischem Gas zu werden und gleichzeitig die Energieversorgung sicherzustellen. Unsere Gasspeicher sind zu mehr als 95 Prozent gefüllt. Wir haben unsere Bezugsquellen diversifiziert und den Bau von LNG-Terminals beschleunigt, alte Kohlekraftwerke werden noch einmal ans Netz geholt und der Brennstoffwechsel in Industrieanlagen wird erleichtert. Darüber hinaus hat Bundeskanzler Olaf Scholz entschieden, dass drei Atomkraftwer-

Energiekosten

Zweiter Heizkostenzuschuss kommt

Für die im Jahr 2022 erwarteten Mehrbelastungen für Haushalte wird ein zweiter Heizkostenzuschuss (HKZ II) ausbezahlt. Das sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vor, den wir in der vorvergangenen Woche abschließend in 2./3. Lesung berieten.



Meine Rede im Bundestag

[... in der „Aktuelle Stunde zur Ausweitung des Energieangebots“
am 19.10.2022](#)

Vom zweiten Heizkostenzuschuss in diesem Jahr werden alle Haushalte profitieren, die in mindestens einem Monat zwischen dem 1. September und 31. Dezember 2022 wohn-geldberechtigt sind. Das sind 660.000 Haushalte, sowie 372.000 Geförderte nach dem BAföG, 81.000 Geförderte mit Unterhaltsbeitrag nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz und 100.000 Personen, die Berufsausbildungs-beihilfe oder Ausbildungsgeld beziehen.

Der Heizkostenzuschuss II erhöht sich von 270 Euro für einen Ein-Personen-Haushalt auf 415 Euro. Für einen Zwei-Personen-Haushalt sind es 540, statt zu vor 350 Euro. Und je weiterer Person im Haushalt werden nun 100 Euro (ein Plus von 30 Euro) gezahlt. Beziehende von Leistungen nach dem BAföG und Ausbildungs- und Berufsausbildungsbeihilfen erhalten 345 Euro statt zuvor 230 Euro.

Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds wird neu ausgerichtet

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht die Reaktivierung und Neuausrichtung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) vor. Ziel ist es, ihn um einen weiteren Zweck zur Abwehr schwerer wirtschaftlicher Schäden durch die krisenhafte Entwicklung auf den Energiemärkten zu erweitern. Zudem soll eine Kreditemächtigung in Höhe von 200 Milliarden Euro im Jahr 2022 geschaffen werden. So wird der von der Bundesregierung angekündigte Abwehrschirm gegen die Folgen des russischen Angriffskrieges ertüchtigt, um die Auswirkungen der Energiekrise abzufedern. Wesentliche Maßnahmen sind die Finanzierung von Gaspreisbremse, Strompreisbremse und weiterer Stützungsmaßnahmen. Das erfordert eine Änderung des Stabilisierungsfondsgesetzes. Den Gesetzentwurf berieten wir in der vorvergangenen Woche in 2./3. Lesung.

Hintergrund

Für die zusätzlichen bis zu 200 Milliarden Euro des Abwehrschirms ist ein neuer Beschluss des Bundestags gem. Art. 115 Abs. 1 Satz 6 GG (sog. Notfallklausel) erforderlich. Hierfür wird die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages benötigt. Eine Umwidmung der Mittel für andere Zwecke im Bundeshaushalt ist nicht möglich. Die Mittel dienen allein der Abwehr der Folgen der außergewöhnlichen Notsituation.



Meine Rede im Bundestag

[... zum Thema „Einsetzung einer Enquete-Kommission
„Energieversorgung“](#)

Energiepauschale

Rentner*innen und Pensionär*innen werden entlastet

Wir entlasten Rentner*innen mit einer Direktzahlung von den hohen Energiekosten. Im Dezember wird eine steuerpflichtige Energiepreispauschale von 300 Euro ausgezahlt, die nicht auf Sozialleistungen angerechnet wird.

Angesichts der steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten entlasten wir Rentner*innen und Pensionär*innen des Bundes durch eine Einmalzahlung. Den entsprechenden Gesetz-entwurf der Koalitionsfraktionen berieten wir am 20. Oktober abschließend in 2./3. Lesung.

Die Pauschale beträgt 300 Euro und ist steuerpflichtig, sie wird nicht auf Sozialleistungen angerechnet. Anspruch darauf hat, wer in Deutschland wohnt und am Stichtag 1. Dezember 2022 Anspruch auf eine Alters-, Erwerbsminderungs- oder Hinterbliebenenrente oder auf Versorgungsbezüge nach dem Beamten- oder dem Soldatenversorgungsgesetz hat. Die Auszahlung soll automatisch durch die

Rentenzahlstellen und die Versorgungsbezüge zahlenden Stellen bis zum 15. Dezember 2022 erfolgen.

Der Entwurf sieht außerdem vor, dass die Obergrenze für sogenannte Midijobs (der Übergangsbereich, in dem Arbeitnehmende geringere Sozialbeiträge zahlen) von 1.600 auf 2.000 Euro angehoben wird. Die Rentenansprüche reduzieren sich dadurch nicht. Besonders Geringverdienende profitieren von dieser Neuregelung, da ihnen so mehr Netto vom Brutto bleibt. Außerdem wird durch die Erhöhung der Obergrenze der Anreiz erhöht, auch über die Minijob-Grenze von 520 Euro hinaus erwerbstätig zu sein.

Brennstoffemissionshandelsgesetz & CO2-Bepreisung

Für die Abfallverbrennung erst ab dem 1. Januar 2024 gültig

Bis 2045 soll Deutschland klimaneutral sein. Um das Ziel zu erreichen, müssen die CO2-Emissionen deutlich reduziert werden. Seit Januar 2021 wird deshalb der Ausstoß von CO2 aus fossilen Brennstoffen in den Bereichen Verkehr und Wärme über den Erwerb von Zertifikaten mit einem CO2-Preis belegt.

Grundsätzlich ist die Ausweitung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) vorgesehen, damit eine umfassende CO2-Bepreisung aller fossilen Brennstoffe in Deutschland sichergestellt werden kann. Deshalb war bereits im BEHG von 2019 die Aufnahme der Abfallverbrennung in den nationalen Emissionshandel vorgesehen.

Während der Beratungen zum dritten Entlastungspaket wurde beschlossen, die Erhöhung des CO2-Preises im Rahmen des Emissionshandels auszusetzen. In den parlamentarischen Verhandlungen zum BEHG hat sich die SPD dafür eingesetzt, auch die Abfallverbrennung und damit etwaige Gebührenerhöhungen für private Haushalte und für Unter-

nehmen für einen angemessenen Zeitraum auszusetzen. Der CO2-Preis für die Abfallverbrennung wird nunmehr erst ab dem 1. Januar 2024 gelten.

Neben den bisher erfassten Abfallverbrennungsanlagen werden ab diesem Zeitpunkt auch Altölverbrennungsanlagen bepreist. Biogene Brennstoffe werden regelmäßig nicht bepreist.



Meine Rede im Bundestag

... zur „Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes“

am 20.10.2022

Das neue Chancen-Aufenthaltsrecht

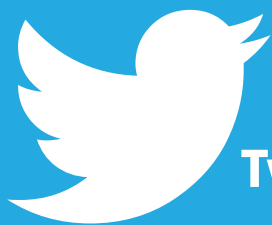
Wir geben langjährig Geduldeten eine verlässliche Perspektive

Mit der Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts wollen wir Menschen, die langjährig geduldet sind und ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland gefunden haben, eine aufenthaltsrechtliche Perspektive eröffnen. Sie sollen ein einjähriges Chancen-Aufenthaltsrecht erhalten, wenn sie am 1. Januar 2022 seit fünf Jahren in Deutschland gelebt haben, sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen und nicht straffällig geworden sind. Ausgeschlossen bleiben Personen, die ihre Abschiebung aufgrund von wiederholten, vorsätzlichen und eigenen Falschangaben oder aktiver Identitäts-täuschung verhindern. Das Chancenaufenthaltsrecht ist eine Win-win-Situation für alle Seiten. Wir leiten damit den im Koalitionsvertrag versprochenen Neuanfang in der Migrationspolitik ein.

Damit erhalten langjährig Geduldete die Chance, in dieser Zeit die notwendigen Voraussetzungen für ein reguläres Bleiberecht zu erfüllen, insbesondere die Sicherung des Lebensunterhalts, Kenntnisse der deutschen Sprache und der Identitätsnachweis. Sofern die Voraussetzungen für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach diesem Jahr nicht erfüllt sind, fallen die Betroffenen in den Status der Duldung zurück. Es werden zugleich die geltenden Bleiberechtsregelungen weiterentwickelt, so dass mehr Menschen von ihnen profitieren können.

Konsequenter als bisher soll die Rückführung insbesondere von Straftäter*innen und Gefährder*innen durchgesetzt

werden. Vorgesehen ist, für diese Personen die Ausweisung und die Anordnung von Abschiebungshaft zu erleichtern. Außerdem sieht das Gesetz vor, bestimmte Regelungen aus dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz zu entfristen und die Familienzusammenführung für Fachkräfte zu erleichtern, um den Standort Deutschland für Fachkräfte aus Drittstaaten attraktiver zu machen. Der Zugang zu Integrationskursen und Berufssprachkursen soll künftig allen Asylbewerber*innen im Rahmen verfügbarer Plätze offenstehen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung haben wir am 19.10.2022 in 1. Lesung beraten.



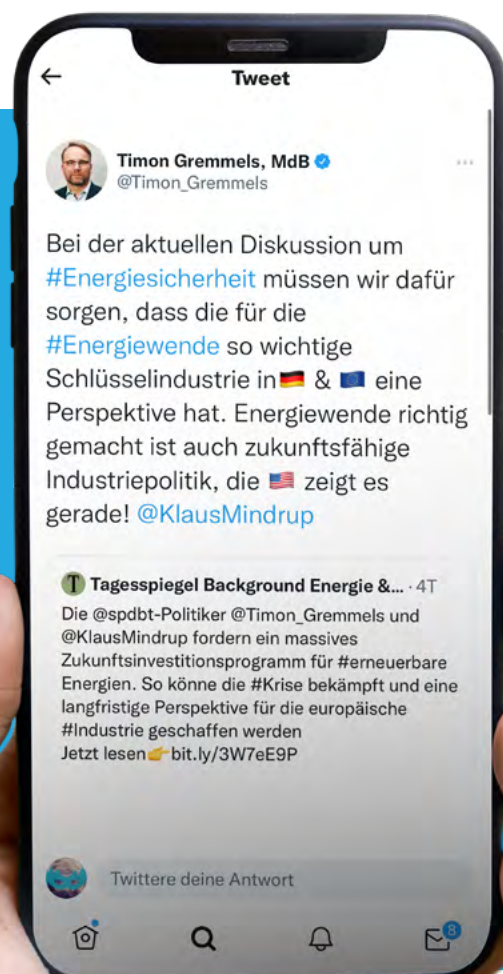
Tweet der Woche

Regelmäßig kommentiere ich das politische Geschehen bei Twitter. Ab und an gibt es auch ein paar besonders interessante Tweets, die ich Euch an dieser Stelle nicht vorenthalten möchte.

Diesen und weitere Tweets findet Ihr unter:

https://twitter.com/Timon_Gremmels

 fb.com/TimonGremmels
 instagram.com/gremmels
 twitter.com/Timon_Gremmels
 linkedin.com/in/timon-gremmels



Grafik © Rawpixel.com (via Freepik)



Neue Vorgaben zur Personalbemessung und -besetzung in Krankenhäusern

Entlastung für Pflegepersonal

Um eine gute Versorgung von Patient*innen und bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte zu gewährleisten, werden Krankenhäuser verpflichtet, für mehr Pflegepersonal auf bettenführenden Stationen zu sorgen. Dazu werden schrittweise neue Vorgaben zur Personalbemessung und -besetzung eingeführt. Den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung beraten wir am 19.10.2022 in 1. Lesung.

Ziel ist es, eine bedarfsgerechte Personalbesetzung für die Stationen zu errechnen und umzusetzen. Dazu soll bis zum 31. Dezember 2025 ein wissenschaftlich fundiertes Verfahren zur Personalbemessung entwickelt werden. Als Übergangslösung werden kurzfristig Personalvorgaben unter Berücksichtigung der aktualisierten Pflegepersonal-Regelung (PPR 2.0) entwickelt.

Die Erprobungsphase für die Übergangslösung startet im Januar 2023 mit einem Praxistest in ausgewählten Krankenhäusern in Normalstationen und in der Pädiatrie. Darauf aufbauend werden die Vorgaben für die Personalbemessung bis Ende 2023 bestimmt und ab 1. Januar 2024 eingeführt. Krankenhäuser, die bereits einen Entlastungstarifvertrag mit verbindlichen Regeln zur Mindestpersonalbesetzung anwenden, können von den Vorgaben ausge-

nommen werden. Werden die Vorgaben nicht eingehalten, können Kliniken sanktioniert werden.

Zudem sieht der Gesetzentwurf weitere Neuregelungen vor: Die Budgetverhandlungen, die in der Praxis oft mit erheblicher Verzögerung erfolgen, sollen beschleunigt werden, indem Fristen für Verfahrensschritte eingeführt werden. Schiedsstellen können künftig automatisch tätig werden. Die Datenübermittlung von Krankenhäusern an das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) soll weiterentwickelt werden. Auch ist vorgesehen, das Verwaltungsverfahren sowie die Antragsbearbeitung und -bewilligung des Krankenhauszukunftsfonds zu verbessern. Darüber hinaus sollen digitale Anwendungen nutzerfreundlicher gestaltet und die Telematikinfrastruktur ausgebaut werden.

Für eine stabile Gesetzliche Krankenversicherung

Für das Jahr 2023 wird mit einem Defizit von 17 Milliarden Euro in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gerechnet. Durch den demografischen Wandel und die zu erwartende rückläufige Zahl der Beschäftigten, ist auch für die kommenden Jahre mit einem geringeren Anstieg der Einnahmen zu rechnen, während auf der Ausgaben- seite mit einer deutlichen Zunahme zu rechnen ist.

Ziel des Gesetzentwurfes der Bundesregierung, den wir am 20.10.2022 in 2./3. Lesung beraten haben, ist es, einen übermäßigen Anstieg der Zusatzbeiträge für Versicherte zu verhindern und die GKV finanziell zu stabilisieren.

Um die Einnahmen der Krankenkassen zu erhöhen, ist für 2023 ein ergänzender Bundeszuschuss in Höhe von zwei Milliarden Euro vorgesehen, sowie ein Darlehen des Bundes von einer Milliarde Euro. Hinzu kommen vier Milliarden Euro aus den nicht notwendigen Finanzreserven der Krankenkassen und weitere 2,4 Milliarden Euro aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds.

Um die Ausgaben der Krankenkassen zu senken, ist für 2023 ein erhöhter Herstellerabschlag um fünf Prozent auf Arzneimittelprodukte vorgesehen. Darüber hinaus müssen auch Apotheker*innen, Ärzt*innen und Zahnärzt*innen ihren Beitrag zur Deckung des Defizits leisten.

Durch diese Maßnahmen kann ein übermäßiger Anstieg der Zusatzbeiträge zum 1. Januar 2023 vermieden werden. Derzeit wird von einer durchschnittlichen Erhöhung von bis zu 0,3 Prozentpunkten ausgegangen.

Im parlamentarischen Verfahren gab es mehrere Änderungen. Hausärzt*innen sollen etwa höhere Zuschläge für die schnelle Vermittlung von Terminen bei Fachärzt*innen erhalten, genauso wie Fachärzt*innen, wenn sie innerhalb kurzer Fristen Termine annehmen, die durch Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen vermittelt werden. Zudem konnten wir erreichen, dass das Schonvermögen für kleine Krankenkassen auf vier Millionen Euro erhöht wird. Auch haben wir die Bezahlung der Parodontitis-Behandlung – also einer bakteriellen Zahnerkrankung – für Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen verbessert.



KURZ

NOTIERT

1 Unterstützung für Unternehmen durch das ERP-Sondervermögen

Der European Recovery Plan (ERP – besser bekannt als Marshallplan) gehört mit seinen Programmen heute zu den wichtigsten Instrumenten der deutschen Wirtschaftsförderung. Die Bundesregierung hat nun einen Gesetzentwurf über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2023 vorgelegt. Mit dem Sondervermögen sollen Mittel in Höhe von rund 943 Millionen Euro für die Förderung von Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft – insbesondere des Mittelstandes – sowie Angehörige freier Berufe bereitgestellt werden. Sie werden in Form von zinsgünstigen Darlehen und Beteiligungskapital vergeben.

Der Wirtschaftsplan sieht unter anderem Finanzierungshilfen zur Unterstützung von Unternehmensgründungen und -übernahmen, zur Förderung der Leistungssteigerung mittelständischer Unternehmen sowie für Exporte der gewerblichen Wirtschaft vor. Hierfür sind für das Jahr 2023 60,2 Millionen Euro vorgesehen (2022: 56,4 Millionen Euro). Für Zusagen bis zum 31. Dezember 2022 werden Förderkosten in Höhe von 136,1 Millionen Euro eingeplant (2022: 144,3 Millionen Euro).

Zudem werden Maßnahmen im Rahmen des Deutschen Programms für transatlantische Begegnung (4,6 Millionen Euro), zur Gewährung von Stipendien an Studierende und junge Wissenschaftler*innen sowie zur langfristigen Förde-

rung von Informationsreisen von deutsch/jüdisch-amerikanischen Jugendlichen nach Deutschland (3,3 Millionen Euro) gefördert. Den Gesetzentwurf berieten wir in der vorvergangenen Woche abschließend in 2./3. Lesung.

2 Die Sozialversicherung wird digitaler und effizienter

Durch eine Änderung des Vierten Sozialgesetzbuches und anderer Gesetze plant die Bundesregierung, mehrere Verfahren und Vorgaben in der Sozialversicherung effektiver, digitaler und weniger bürokratisch auszugestalten. Leistungsberechtigte sollen die ihnen zustehenden Leistungen umfassend und zügig erhalten. Den Gesetzentwurf der Bundesregierung beraten wir am 20.10.2022 in 1. Lesung.

So ist geplant, dass die Pflicht zur Vorlage eines Sozialversicherungsausweises entfällt – stattdessen können Arbeitgebende künftig automatisch die Versicherungsnummer bei der Datenstelle der Rentenversicherung abrufen. Elternzeiten sollen durch ein elektronisches Meldeverfahren durch den Arbeitgeber an die Sozialversicherungsträger mitgeteilt werden. Zudem soll eine einheitliche gesetzliche Grundlage zur Bescheinigungspflicht von Arbeitgebenden geschaffen werden, um Bürger*innen sowie Arbeitgebende bei der Bearbeitung zu entlasten.

Darüber hinaus sieht der Gesetzentwurf vor, dass die Zuverdienstgrenze bei vorgezogenen Altersrenten abgeschafft wird. Damit wird der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand weiter flexibilisiert. Bei Erwerbsgeminderten werden die Zuverdienstgrenzen deutlich angehoben. Für Künstler*innen, die über die Künstlersozialkasse versichert sind, ist eine Anschlussregelung zu der pandemiebedingt befristet erhöhten Zuverdienstgrenze bei nicht-künstlerischen selbstständigen Tätigkeiten vorgesehen. Die bisherige Regelung läuft zum Ende des Jahres aus. Zudem soll der Versicherungsschutz für Berufsanfänger*innen in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung weiterentwickelt werden.

Fortsetzung auf der nächsten Seite.



KURZ NOTIERT

3 Das Weddellmeer zum Schutzgebiet machen

Als eines der letzten nahezu unberührten Ökosysteme der Erde mit mehr als 14.000 Tierarten gilt das Weddellmeer in der Antarktis als Schatzkammer der Artenvielfalt. Der Kli-

mawandel und das damit einhergehende Abschmelzen der Eisschicht sowie zunehmender kommerzieller Fischfang machen sich in dieser Region immer bemerkbarer. Seit 2016 setzen sich die Europäische Union und Deutschland bei der „Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis“ dafür ein, das Weddellmeer als Schutzgebiet auszuweisen. Ein entsprechender Antrag ist letzten Herbst in der Kommission zum wiederholten Mal an der Blockadehaltung von China und Russland gescheitert.

Im Oktober wird die Kommission erneut über den Vorschlag abstimmen. Wir als Regierungsfraktionen sowie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzen sich dafür ein, den Vorschlag weiterhin zu unterstützen.

Presse – HNA - Nr 245 | 21. Oktober 2022

Eine tägliche Gratwanderung

KASSELER ABGEORDNETE IN BERLIN Timon Gremmels kämpft gegen die Energiekrise

Was machen die Bundestagsabgeordneten aus Kassel eigentlich in Berlin? Wir stellen sie und ihre Arbeit vor. Zu Besuch in der Hauptstadt – heute bei Timon Gremmels von der SPD.

VON FLORIAN HAGEMANN

Berlin – Ein Abend in der Hessischen Landesvertretung, die sich zwischen Reichstag und Potsdamer Platz befindet. Es steht das Treffen der hessischen SPD-Abgeordneten an, die zusammen eine Landesgruppe bilden und regelmäßig zusammenkommen. Timon Gremmels ist als Erster da – trotz der Erfahrung, die er als Nutzer des Bundestagsfahrdienstes mal wieder machen musste: Es ist kein Vergnügen, sich im Auto durch den Berliner Feierabendverkehr zu bemühen. Es dauert alles sehr lange. Aber laufen war in diesem Fall keine Alternative.

Gremmels ist schwer gepackt mit Materialien und Geschenken für die Abgeordneten, die zuletzt Geburtstag hatten. Es liegt an ihm, sie zu ehren. Seit dieser Legislaturperiode hat der Niestetaler den Vorsitz der Landesgruppe inne. So führt er durch den Abend, an dem mit Rolf Mützenich auch der Fraktionsvorsitzende zu Gast ist und Hintergründe zur aktuellen Politik erläutert.

Für Gremmels ist das einer von mehreren Terminen und der Abschluss eines normalen Tages in Berlin, der daraus besteht, von Treffen zu Treffen zu eilen, von Sitzung



Nah am Bundestag: Der Kasseler Abgeordnete Timon Gremmels steht an der U-Bahn-Haltestelle Bundestag, die sich direkt am Reichstag befindet.

FOTO: FLORIAN HAGEMANN

zu Sitzung. Er hat gelernt, damit umzugehen. Seit fünf Jahren ist der 46-Jährige jetzt Kassels direkt gewählter Abgeordneter im Bundestag und damit einer der Erfahreneren in der SPD-Fraktion, die aus vielen Jüngeren besteht. Gremmels rät den Neuen gern, sich die Kräfte einzuteilen und nicht jede Abendveranstaltung im Regierungsviertel zu besuchen. Der Politikbetrieb schläft ja fast nie.

Er selbst hat beschlossen, nicht überall hinzugehen und auch mal abzuschalten. Dabei hilft ihm eine Erkenntnis aus seiner ersten Legislaturperiode: „Ich gehe in manche Debatte nicht mehr so aufgeregt hinein, weil ich weiß, dass die Kollegen auch nur mit Wasser kochen.“

Das Regierungsviertel nennt Gremmels einen Mikrokosmos, in dem auch er sich bewegt, wenn er nicht in

seinem nordhessischen Wahlkreis ist. Dieser Mikrokosmos hat längst ein Eigenleben entwickelt, und er nennt es eine Gratwanderung, sich darin aufzuhalten. Auf der einen Seite gelte es, nicht abzustumpfen vom politischen Betrieb, auf der anderen Seite heiße es aber auch, nicht alles an sich heranzulassen: „Die richtige Mischung zu finden, ist eine tägliche Herausforderung.“

Zumal in diesen Zeiten. Als Gremmels erstmals in den Bundestag gewählt wurde, war die Welt noch eine andere. Da war Corona nur ein Bier. Jetzt wird selbst die Pandemie thematisch überlagert vom Krieg in der Ukraine. „Wir sind im ständigen Krisenmodus“, sagt Gremmels. „Es ist nicht gut, dass die Krise die Konstante ist.“

Er ist mittendrin, zumindest wenn es darum geht, der

Energiekrise Herr zu werden. Der Nordhesse sitzt im Ausschuss für Klimaschutz und Energie, zudem ist er als Energiepolitiker Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur. Wenn er über die Arbeit auf diesem Gebiet redet, dann spricht er von einer riesen Verantwortung. Er bekommt die Sorgen der Menschen in diesen Zeiten spätestens dann direkt mit, wenn er nach den Sitzungswochen den Mikrokosmos in Berlin verlässt und wieder in seine Heimat reist – in seinen Wahlkreis, den er für mindestens genauso relevant hält wie die Arbeit in Berlin.

„Es ändert sich
alles sehr schnell“

Bei all den Krisen, die sich mittlerweile ergeben, ist eins im Vergleich zu seiner Anfangszeit als Abgeordneter in der Hauptstadt gleich geblieben: „Es ändert sich alles sehr schnell.“ Vor zwei Jahren war die SPD noch abgeschriebene, jetzt stellt sie die stärkste Fraktion. Die hessische Landesgruppe hat 15 Abgeordnete. „Sie ist von den mittleren Landesgruppen die größte“, sagt Gremmels. Ein Werbefachmann hätte es nicht besser formulieren können.

Also ist Gremmels der Vorsitzende der größten aller mittleren Landesgruppen. Nicht alle seine Kollegen sind heute zum Treffen in die Hessische Landesvertretung gekommen, aber doch einige. Gremmels ist zufrieden mit dem Abend. Es ist jetzt 21 Uhr. Zeit, um nach Hause zu fahren und ein bisschen abzuschalten.

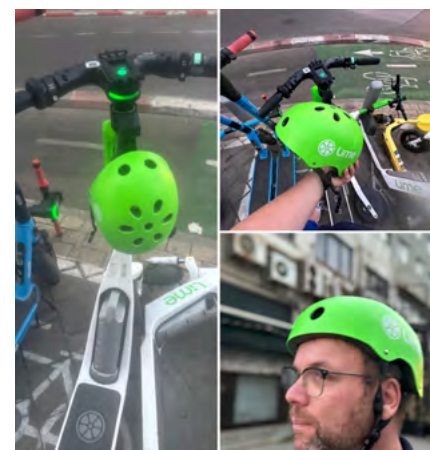
Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie



Sicher unterwegs

In Tel Aviv haben alle Anbieter eScooter mit integriertem Helm in Angebot. Mindestens zwei Anbieter sind auch in Kassel aktiv. Ich werde diese anschreiben und sie bitten, auch in Deutschland Helme anzubieten.



Delegationsreise nach Israel

Während meiner 5-tägigen Delegationsreise nach Israel hatte ich u.a. die Gelegenheit zu einem Treffen mit der israelischen Umweltministerin. Und besonders der Besuch in der Gedenkstätte Yad Vashem hat einen tiefen Eindruck bei mir hinterlassen.



Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie



Unterwegs im Wahlkreis

Ein abwechslungsreicher Tag im Wahlkreis: Zunächst war ich zum Antrittsbesuch beim neuen Bürgermeister von Söhrewald, Ralf Eberwein. Ich freue mich auf die künftige Zusammenarbeit mit einem engagierten und motivierten neuen Rathaus-Chef!

Weiter ging es zur AG 60+ in meiner Heimatgemeinde Niestetal. Hier stand die Energieversorgung und -sicherheit im Mittelpunkt der Diskussion.

Zuletzt war ich beim Repair-Café in der Nachrichtenmeisterei zu Besuch. Konkrete Hilfen bei kleineren Reparaturen helfen den Menschen direkt und dienen der Nachhaltigkeit.

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie

Mit Mut für Europa – Europa durch den Wandel führen

Beim PES-Kongress in Berlin haben wir europäischen Sozialdemokrat*innen über die Zukunft Europas diskutiert. Dabei traf ich auch Pedro Sánchez Pérez-Castejón, den Ministerpräsident von Spanien sowie Generalsekretär und somit Parteivorsitzender des Partido Socialista Obrero Español (PSOE)



Danke an das THW!

Direkt aus Berlin ging es zur THW-Helfervereinigung in Kassel – zur Ehrung der aktive Kamerad*innen für ihr zum Teil jahrzehntelanges Engagement geehrt.

Der Ukraine-Krieg und die Energieversorgung

Vergangen Samstag sprach ich in bei einer Veranstaltung der SPD Eschwege im E-Werk Eschwege zum Krieg in der Ukraine und den Auswirkungen auf die Energieversorgung.



Timon Gremmels

 Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel  Telefon 0561 700 10 52
 buero@timon-gremmels.de  TimonGremmels
 timon-gremmels.de  @gremmels